

## **Niederschrift**

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 14.03.2013, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### **Tagesordnung**

- 1 . Bebauungsplan Nr. 106 der Stadt Geilenkirchen  
Geltungsbereich: Fläche in südwestlicher Erweiterung des Gewerbegebietes Niederheid, südwestlich der Sittarder Straße (B 56 alt) und östlich der Umgehungsstraße (B 56/B 221)
  - Beratung über die während der nochmaligen Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und der nochmaligen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 eingegangenen Anregungen
  - Verabschiedung des Bebauungsplanes als SatzungVorlage: 799/2013
  
- 2 . 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 77 der Stadt Geilenkirchen  
Geltungsbereich: Fläche im Bereich des "Flussviertels" zwischen der Ruhrstraße, der Hünshovener Gracht und südlich des Spielplatzes
  - Beratung über die während der Offenlage nach § 13 Abs. 2 i.V.m. 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 13 Abs. 2 iVm § 4 Abs. 2 eingegangenen Anregungen
  - Verabschiedung des geänderten Bebauungsplanentwurfes zur nochmaligen Offenlage und nochmaligen TrägerbeteiligungVorlage: 803/2013
  
- 3 . Neuorganisation des Stadtmarketings  
Vorlage: 808/2013
  
- 4 . Entscheidung über das weitere Vorgehen zum Neubau einer Bahnunterführung im Stadtkern  
Vorlage: 712/2012
  
- 5 . Verschiedenes

**Anwesend waren:**

Vorsitzende/r

1. Hans-Jürgen Benden

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Rainer Jansen

Mitglieder

3. Karl-Peter Conrads
4. Toska Frohn
5. Karin Hoffmann
6. Gabriele Kals-Deußen
7. Heinz Kohlen
8. Dr. Joachim Möhring
9. Uwe Neudeck
10. Hans-Josef Paulus
11. Wilhelm Josef Wolff

Stellvertretendes Mitglied

12. Klaus Dohlen als Vertretung für Frau Barbara Slupik
13. Uwe Eggert als Vertretung für Herr Marko Banzet
14. Michael Kappes als Vertretung für Herr Johannes Henßen
15. Nils Kasper als Vertretung für Herr Markus Melchers
16. Marlis Tings als Vertretung für Herr Nikolaus Bales

Sachkundige/r Bürger/in

17. Maja Bintakys-Heinrichs
18. Christian Ebel
19. Helmut Gerads

von der Verwaltung

20. Bürgermeister Thomas Fiedler

Es fehlten

21. Nikolaus Bales
22. Marko Banzet
23. Johannes Henßen
24. Markus Melchers
25. Barbara Slupik

- TOP 1    Bebauungsplan Nr. 106 der Stadt Geilenkirchen**  
**Geltungsbereich: Fläche in südwestlicher Erweiterung des Gewerbegebietes Niederheid, südwestlich der Sittarder Straße (B 56 alt) und östlich der Umgehungsstraße (B 56/B 221)**
- **Beratung über die während der nochmaligen Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und der nochmaligen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 eingegangenen Anregungen**
  - **Verabschiedung des Bebauungsplanes als Satzung**
- Vorlage: 799/2013**

Herr R. Jansen führte aus, dass seine Fraktion nach wie vor der Planung zustimme. Er bat aber darum, in Zukunft die Anregungen der Landwirtschaftskammer ernster zu nehmen und in der Abwägung ausführlicher zu behandeln.

**Beschlussvorschlag:**

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird wie in der Sitzungsvorlage vorgeschlagen abgewogen. Der Bebauungsplan wird als Satzung verabschiedet.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 19 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

- TOP 2    2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 77 der Stadt Geilenkirchen  
Geltungsbereich: Fläche im Bereich des "Flussviertels" zwischen der  
Ruhrstraße, der Hünshovener Gracht und südlich des Spielplatzes**
- Beratung über die während der Offenlage nach § 13 Abs. 2 i.V.m. 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 13 Abs. 2 iVm § 4 Abs. 2 eingegangenen Anregungen
  - Verabschiedung des geänderten Bebauungsplanentwurfes zur nochmaligen Offenlage und nochmaligen Trägerbeteiligung
- Vorlage: 803/2013**

**Beschlussvorschlag:**

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird wie in der Sitzungsvorlage vorgeschlagen abgewogen. Der Bebauungsplanentwurf wird zur nochmaligen Offenlage und zur nochmaligen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange verabschiedet. Es wird bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten bzw. ergänzten Teilen abgegeben werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 19 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

- TOP 3    Neuorganisation des Stadtmarketings  
Vorlage: 808/2013**

Herr Benden verwies auf den bekannten Sachverhalt, bei dem heute der Vorschlag der Verwaltung zu beraten sei.

Herr Wolff erklärte, dass der CDU-Fraktion bei dem Vorschlag der Verwaltung das Konzept und wirkliche Zielsetzungen fehlten. Auch schlage die Verwaltung bei dem

zu bildenden Gremium als Vorsitzenden den Bürgermeister, d. h. sich selber vor. Ein Vorsitzender sei zu wählen.

Herr Wolff erinnerte daran, dass es das Stadtmarketing schon gegeben habe. Nach der Bürgermeisterwahl sei die Wirtschaftsförderung und damit das Stadtmarketing zur Chefsache erklärt worden. Danach habe die Bedeutung des Ausschusses abgenommen. Jetzt würde nur noch die Bauleitplanung durchgewunken. Der Zuständigkeitsbereich nach der Geschäftsordnung würde vielleicht noch zu 5 % praktiziert, manchmal fielen Sitzungen ganz aus.

Herr Wolff plädierte dafür, dass der Ausschuss wieder zusammen mit der Wirtschaftsförderung der Verwaltung seine ursprünglichen Zuständigkeiten wahrnehmen sollte, ggf. punktuell unter Zuhilfenahme externen Sachverständes.

Herr Benden meinte, er würde sich über entsprechende Anträge der CDU freuen, da es in der Vergangenheit nicht viele gegeben habe.

Herr Kasper erklärte, dass für ihn die Vorlage mehr Fragen aufgeworfen als Antworten geliefert habe. Was mache das Gremium, wie entscheide es? Alles sei unkonkret. Bevor dies nicht geklärt sei, könne über die Sache nicht entschieden werden.

Frau Kals-Deußen meinte, dass die Vorlage Sie beim ersten Lesen an die Arbeitsgruppen des Stadtmarketings erinnert hätte, die zunächst eifrig getagt hätten, danach aber Vieles im Sande verlaufen sei. Auch ihr fehle die Konzeption, aber auch die Verbindung mit der Wirtschaftsförderungsstelle. Außerdem müsse eine Kooperation mit dem Ausschuss entstehen.

Herr Bürgermeister Fiedler zeigte Verständnis für die Skepsis, warb aber auch für seinen Standpunkt. Gerade sein Vorschlag wolle Ausschuss- oder Ratsvertreter mit einbinden. Ein Konzept solle in dem zu bildenden Gremium entwickelt werden.

Er stellte fest, dass die Arbeit des Lenkungskreises, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr zufriedenstellend verlaufen sei. Es habe Veränderungsbedarf gegeben. Objektiv müsse festgestellt werden, dass zum Thema Stadtmarketing die Möglichkeiten nicht genutzt worden seien.

Wenn der Stadtentwicklungsausschuss das Gremium sein wolle, das sich um Stadtmarketing kümmern wolle, dann würde dies so gemacht. Bisher habe der Ausschuss dies nicht getan. Wenn im Einzelfall auswärtige Expertisen nötig seien, könne man diese einholen.

Einen Mangel im Bereich der Stadtentwicklung könne er nicht feststellen, dagegen gebe es aber beim Stadtmarketing ein Vakuum.

Her Wolff stellt fest, dass die Meinungen nah zusammen lägen. Seine Kritik habe zum Ausdruck bringen wollen, dass sich der Ausschuss fast nur noch mit Dingen beschäftige, die früher der Bauausschuss behandelt habe. Es seien früher auch öfter außen stehende Fachleute im Ausschuss gehört worden.

Offenbar sei die Politik in Gänze bereit, dass sich jeder Gedanken mache und Vorstellungen entwickle. Ein Brainstorming mache Sinn. Es könne über Schwerpunktthemen beraten und nach Prioritäten gelistet werden. Von Fall zu Fall könne über die Einbindung Externer nachgedacht werden.

Herr Benden erinnerte daran, dass man in jüngster Zeit sehr wohl externe Fachleute, z. B. zuletzt bei den Beratungen zur Gründung einer Bauland-GmbH hinzugezogen habe oder vor einiger Zeit bei den Beratungen über die Windkraftzonen auch externe Planer, und dass sich die Ausschussmitglieder vor Ort die Flächen angeschaut hätten. Herr Benden hielt die Arbeit des Ausschusses der letzten Jahre für zufriedenstellend.

Herr Conrads plädierte dafür, vor einer Entscheidung nochmals in kleinem Kreise nachdenken zu können.

Es müsse noch einmal in die Vergangenheit geschaut werden. Es habe den Stadtmarketingprozess und den Lenkungskreis gegeben, dann habe der Bürgermeister diese Aufgaben übernommen. Es sei das eine oder andere gekommen, z. B. ein Bericht über Leerstände in der Stadt Geilenkirchen, aber nicht das, was er erwartet habe. So habe er erwartet, dass z. B. mit der RWTH gesprochen werde, über eine Werbung für die Stadt Geilenkirchen oder ein Kulturfest auf der Burg.

Bei dem Vorschlag des Bürgermeisters stelle sich die Frage, wie das Gremium gestaltet und was dort bearbeitet werde. Es würden Vertreter der Geschäfte vorgeschlagen, aber was solle dann der Aktionskreis noch da? Wie seien die Auswahlkriterien? Jede Partei solle einen Vertreter entsenden, wie vereinbare sich dies mit den Verhältnissen im Stadtrat? Die Frage der Finanzierung sei überhaupt nicht angesprochen. Sponsoring halte er für eine höchst gefährliche Angelegenheit für eine Stadt. Letztendlich sei aber alles eine Frage des Geldes.

Herr Bürgermeister Fiedler verwahrte sich dagegen, die Arbeit der Wirtschaftsförderung mit einem Seitenschlag zu kritisieren, Stadtmarketing sei zudem nicht deckungsgleich mit Wirtschaftsförderung.

Wenn es um die Frage der Finanzierung gehe, müsse ganz klar gesagt werden, dass es sich um freiwillige Ausgaben handele, für die keine Mittel zur Verfügung stünden.

Frau Kals-Deußen hielt eine Ideensammlung in den Fraktionen eher für schwierig und die Bildung eines Stadtmarketing-Gremiums für überlegenswert, auch wenn das Thema für sie eher negativ belegt und die Erfolge in der Vergangenheit nicht durchschlagend gewesen seien.

Herr Benden merkte an, dass der Begriff Stadtmarketing vielleicht auch in diesem Ausschuss zerredet werde. Er sei sehr zufrieden mit der Arbeit der Wirtschaftsförderung.

Herr R. Jansen verlas eine Definition des Stadtmarketingbegriffes. Er habe schon bei der letzten Diskussion darauf hingewiesen, dass man von Marketing spreche.

Er gab Herrn Wolff recht, dass der Ausschuss genug kluge Köpfe habe. Ihm gefalle aber, jetzt Tempo in die Sache zu bringen, dies gehe aber nur in einem kleineren

Kreis. Er habe die Idee so angesehen, dass ein Konzept in diesem Ausschuss beraten würde, bevor der Rat entscheide. Er bat zu bedenken, dass Stadtmarketing nichts mit Werbung und nichts mit Wirtschaftsförderung zu tun habe, sonst könne das Ziel des Stadtmarketings nicht erreicht werden.

Herr Paulus wies darauf hin, dass es sehr wohl Ergebnisse aus dem Stadtmarketingprozess gegeben habe und verwies in diesem Zusammenhang auf einen Pressebeitrag vom heutigen Tage über den ausscheidenden Beigeordneten. Dort sei nachzulesen, auf welche Erfolge man zurückblicken könne.

Herr Dr. Möhring hielt ein Stadtmarketingkonzept ebenfalls für nötig. Es sei dafür ein kleineres Gremium als der Ausschuss erforderlich. Um die Interessen der Ratsfraktionen zu vertreten, würden Mitglieder entsendet und so Ideen aus den Fraktionen hineingetragen. Maßnahmen könnten verzahnt, zu einem Konzept verarbeitet und die Finanzierung geklärt werden, insgesamt in Zusammenarbeit mit dem Stadtentwicklungsausschuss.

Bei dem Verwaltungsvorschlag solle in dem zu bildenden Gremium ein Konzept für die Arbeitsweise entwickelt werden. Dies sei eine denkbare Methode. Die Verwaltung hätte auch ein fertiges Konzept für die Arbeitsweise des Gremiums vorlegen können, beide Vorgehensweisen seien möglich.

Hinsichtlich der Besetzung könne man froh sein, überhaupt Interessierte zu gewinnen.

Herr Gerards unterstützte den Vorschlag des Herrn Wolff, im Ausschuss das Stadtmarketing zu betreiben. Es seien Ratsvertreter und Mitglieder der Verwaltung, so auch die Damen der Wirtschaftsförderung anwesend. Der Ausschuss könne auch darüber entscheiden, wo Handlungsbedarf etwa für externen Sachverstand bestehe. Die Freie Bürgerliste halte es für richtig, die Organisation des Stadtmarketing im Stadtentwicklungsausschuss zu belassen.

Frau Bintakys-Heinrichs fand die Idee von Herrn Wolff auch gut. Man könne im Ausschuss Ideen entwickeln und miteinander arbeiten. Auswärtigen Sachverstand könne man immer einladen, aber auch in den Reihen des Ausschusses sei viel Sachverstand zu finden.

Herr Kasper stand dem Verwaltungsvorschlag ebenfalls ablehnend gegenüber. Was die Effektivität eines kleineren Gremiums betreffe, sei der Ausschuss mit 19 Mitgliedern nur unwesentlich größer.

Herr R. Jansen erklärte, er wolle den Versuch starten, die Idee des Bürgermeisters nicht ganz von der Hand zu weisen. 18 Personen seien nicht produktiv, auch könne der Ausschuss nicht produktiv genug arbeiten. Man benötige eine kleinere schlagkräftige Gruppe.

Er sehe viele Angriffspunkte, die nicht viel Geld kosten würden. Er warb für eine Mischform zwischen dem Vorschlag des Bürgermeisters und des Herrn Wolff. Seiner Meinung nach sei der Ausschuss nicht in der Lage, innerhalb einer gewissen Frist ein Stadtmarketingkonzept zu erarbeiten.

Herr Dr. Möhring erklärte, dass Herr Jansen ihm aus der Seele spreche. Es sei ein kleineres Gremium von Nöten, auch sei es nicht Aufgabe dieses Ausschusses, selber ein Stadtmarketingkonzept zu erarbeiten. Hinsichtlich der Größe des Gremiums stelle sich die Frage, ob tatsächlich alle Fraktionen vertreten sein müssten.

Herr Benden stellte fest, dass es unterschiedlichste Auffassungen gebe, es bestünde aber Einigkeit, dass externe Beratung nötig sei. Auch würden die Begrifflichkeiten durcheinander geworfen, was bedeute Marketing überhaupt.

Herr Bürgermeister Fiedler machte sodann einen Vorschlag in diese Richtung. Es bestünde offenbar große Bereitschaft des Ausschusses gestaltend mitzuarbeiten, es sprächen aber auch Gründe für ein kleines Gremium. Er werte die Diskussion so aus, den Verwaltungsvorschlag erst einmal ad acta zu legen. Es sollte ein externer Fachmann eingeladen werden, der dazu beitragen solle, ein gemeinsames Bild zu bekommen, was Stadtmarketing beinhalte. Wenn diese Erkenntnisse vorlägen, könne auch eine Organisationsform gewählt werden. Alles, was in einem Stadtmarketing-Gremium entwickelt würde, würde im Ausschuss vorgestellt und zur Abstimmung gestellt werden.

Herr Benden fügte hinzu, mit der Verwaltung sprechen zu wollen, welche Stadtmarketingexperten man bekommen könne.

Der Ausschussvorsitzende hielt fest, dass er nunmehr Herrn Wolff unter TOP 3 zum vierten Mal das Wort erteile. Herr Wolff erklärte, insofern mit dem Bürgermeister auf einer Linie zu sein; vom Bürgerbüro bis über den Umgang mit Vereinen sei alles Stadtmarketing. Jede Fraktion solle sich hierzu Gedanken machen, was man sich als Zielsetzung vorstelle. Dann könne ein Rahmen erarbeitet werden. Die Umsetzung könnte dann mit Hilfe von Experten erfolgen.

Herr Gerards stelle den Antrag, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung grundsätzlich als das zuständige Gremium für Stadtmarketing festgelegt werden soll. Ggf. könne man Experten dazu nehmen.

Herr Benden stellte fest, dass eine Abstimmung entbehrlich sei, da die Zuständigkeiten nach der Geschäftsordnung des Rates eindeutig festgelegt seien.

Frau Kals-Deußen bestätigte, dass man sich in den Fraktionen natürlich weiter mit der Thematik beschäftigen werde. Sie wolle aber dem Vorschlag des Bürgermeisters folgen, sich zunächst „coachen“ lassen, damit der Ausschuss über die weiteren Schritte beschließen könne.

**TOP 4    Entscheidung über das weitere Vorgehen zum Neubau einer Bahnunterführung im Stadtkern**  
**Vorlage: 712/2012**

Herr Benden verwies auf die Sitzungsvorlage der Verwaltung und bat um Wortmeldungen.

Frau Kals-Deußen stellte fest, dass das Projekt Bahnunterführung ein großes finanzielles Wagnis darstelle, das die Stadt zurzeit nicht stemmen könne. Es bestünde dann auch die Gefahr, dass es an anderer Stelle wegen fehlender Mittel zu Investitionstaus in der Stadt zum Nachteil der Bürger kommen könne.

Sie sah aber gleichzeitig dringenden Handlungsbedarf und stellte die Frage in den Raum, ob eine Verschiebung des Projektes um vielleicht 5 Jahre oder 10 Jahre möglich sei.

Auch stelle sich die Frage, was mit dem Gelände der alten Post geschehe, wenn die Bahnunterführung nicht realisiert werde.

Herr Wolff legte dar, dass auch in der CDU-Fraktion sehr ausführlich diskutiert worden sei und man sich letztendlich nicht habe einigen können. Auch er bat die Verwaltung darum, das Projekt zu verschieben, um Zeit zu gewinnen. Möglicherweise sei in Zukunft noch mehr Verkehr auf der Bahnstrecke verbunden mit längeren Schließungszeiten zu erwarten, weshalb man das Projekt nicht ganz zu den Akten legen solle. Vielmehr solle man die weitere Entwicklung noch etwas beobachten.

Lt. Herrn R. Jansen sei die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ganz genau derselben Meinung. Er hielt das Projekt wichtig für Geilenkirchen, es sei zurzeit aber nicht finanzierbar. Vielleicht könne die Bezirksregierung gebeten werden, die Gelder zu verschieben.

Herr Kasper erklärte, dass sich auch die FDP-Fraktion sehr schwer getan habe. Jetzt könne man sich eine Bahnunterführung nicht leisten, aber wenn man jetzt nein sage, sei die Entscheidung für eine Generation getroffen. Die Entwicklung in den nächsten 10 Jahren sei nicht abzusehen. Wenn die Möglichkeit bestünde zu schieben, wäre dies toll. Wenn aber ja gesagt werde, kämen mindesten 50.000,00 € Planungskosten auf die Stadt zu. Um dieses Risiko gehe es.

Herr Hausmann erläuterte die Situation aus förderungsrechtlicher Sicht. Seit 2008 werde um das Projekt gekämpft. Wenn man daran festhalte, entstünden weitere Ausgaben für Planung, dann sei auch eine Planungsvereinbarung mit der Bahn zu schließen. Hier rede man über hohe Beträge, die man nicht beziffern könne. In den Zeiten, in denen um die Bahnunterführung gekämpft worden sei, hätten erste Mittel 2014 fließen sollen. Dann habe sich die Verwaltung in Köln für eine Verschiebung nach 2016 eingesetzt.

Außerdem bestünde das Problem, dass der Eigentümer des Postareals seit Jahren mit dem Projekt rechne. Die Stadt habe das Grundstück kaufen wollen. Der Grunderwerb müsse vorfinanziert werden, sei aber vielleicht nur zur Hälfte förderfähig. Wenn im Herbst das Einplanungsgespräch mit der Bezirksregierung geführt werde, könne man sich vielleicht wieder etwas einfallen lassen, um eine weitere Verschiebung zu erreichen. Aber zumindest müsse dann ein Planungsauftrag vergeben werden, für den die Mittel aber nicht zur Verfügung stünden.

Zudem sei das Projekt an dieser Stelle gestorben, wenn der Eigentümer des alten Postgeländes das Grundstück verwerte.

Aus seiner Sicht sei die Bahnunterführung in den nächsten 10 Jahren nicht zu schultern. Wenn heute lediglich eine Zurückstellung beschlossen würde, müsse aber auch die Weisung an die Verwaltung ergehen, nicht weiter zu planen.

Herr Benden verwies auf die Zahlen in der Sitzungsvorlage, die nicht ganz mit den von Herrn Hausmann gemachten Angaben übereinstimmten. Wenn man sich jetzt nicht für das Projekt ausspreche, sei die Bahnunterführung auf Ewig gestorben.

Der Bürgermeister plädierte eingehend für die Einstellung des Projektes. Er führte insbesondere drei Gründe an:

1. Mittel für die Realisierung einer Bahnunterführung stünden mindestens in den nächsten 10 Jahren nicht zur Verfügung.
2. Die Kostenaufstellung lt. Sitzungsvorlage sei nicht abschließend. Es stelle sich die Frage, was mit den abgeschnittenen Straßenenden und den angrenzenden Wegen passiere.
3. Der Nutzen einer Bahnunterführung sei nicht geklärt. Eine verkehrliche Erleichterung ziehe zwangsläufig immer zusätzlichen Verkehr nach sich. Die Maßnahmen an der Konrad-Adenauer-Straße hätten aber gerade auch eine Minderung des Verkehrs bezweckt.

Generell bestünden auch heute schon andere Möglichkeiten für Kraftfahrer, in die Innenstadt zu kommen, die auch von vielen genutzt würden. Auch würde die Bedeutung des Bahnübergangs in vielen Teilen der Bevölkerung für Fußgänger und Radfahrer als hoch angesehen. Eine Bahnunterführung stelle für Autofahrer eine Verbesserung, für alle anderen Verkehrsteilnehmer aber eine Erschwernis dar.

Herr Benden meinte, wenn die Bahnunterführung nicht komme, wären aber auch Maßnahmen an Straßen im Bereich des Bahnübergangs erforderlich, was in die Überlegungen einfließen müsste. Diese Straßen müssten ohnehin attraktiver gestaltet werden.

Wenn die Bahnunterführung sterbe, sei in Hinblick auf Kundenströme aus Baesweiler und Übach-Palenberg auch eine Diskussion über Stadtmarketing hinfällig. Die Verwaltung solle beauftragt werden, bis Herbst alles Mögliche herauszuholen.

Herr Kasper erklärte, auch Bauchschmerzen bei einer Entscheidung zu haben. Er hielt auch die Argumente des Bürgermeisters für nachvollziehbar und für gewichtig. Vielleicht solle eine Entscheidung in den Rat verschoben werden. Er stelle daher den Antrag, im Rat über die Angelegenheit zu entscheiden.

Er stellte die Frage, welche Kosten auf die Stadt konkret zukämen, falls sich der Rat für den Versuch einer Verschiebung der Maßnahme ausspreche.

Herr Hausmann entgegnete, dass seiner Ansicht nach die Fördermittel nicht noch einmal geschoben werden könnten. Derzeit seien Fördermittel für 2016 vorgesehen, ob es zur Förderung komme, stehe aber noch in den Sternen.

Zudem müssten die Maßnahmen aus dem Handlungskonzept umgesetzt werden, da man nicht davon ausgehen könne, einen neuen Förderbescheid zu erhalten.

Herr Benden erwiderte, dass nach Zeitungsinformationen immer Gespräche mit der Bezirksregierung zur Verschiebung der Mittel möglich seien. Herr Hausmann ging daraufhin nochmals auf die Fördersituation ein.

Herr R. Jansen warnte davor, die kalkulierten Zahlen als absolut anzusehen. Lt. ihren Wahlprogrammen wollten alle Parteien nach der Bundestagswahl am 22. September den Kommunen helfen. Vielleicht sei die Maßnahme bis nächstes Jahr zu retten, wenn sich möglicherweise neue Wege finden ließen für eine Finanzierung. Sicherlich finde sich auch ein Weg, den Eigentümer des alten Postgeländes hinzuhalten.

Herr Gerards stellte heraus, dass wohl alle die Unterführung haben wollten, die aber aufgrund der Haushaltslage nicht zu finanzieren sei. Die Realisierung der Maßnahme sei unverantwortlich, man müsse dies dem Bürger so ehrlich klarmachen.

Dr. Möhring verwies auf die Reaktivierung der Bahnstrecke Heinsberg Lindern und meinte, dass dann in Zukunft noch mehr Züge führen.

Dies wurde von der Verwaltung verneint. In Lindern würde demnächst lediglich ein Wagon von dem aus Heinsberg kommenden Zug abgekoppelt und an ohnehin aus Mönchengladbach Richtung Aachen fahrende Züge angekoppelt.

Frau Kals-Deußen wollte dem Antrag von Herrn Kasper nicht zustimmen. Sie hielt auch die Aussage für falsch, dass ohne Unterführung ein Stadtmarketing nicht mehr nötig sei.

Herr Bürgermeister Fiedler versicherte an dieser Stelle, dass ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept für eine Konsolidierung bis 2023 vorgelegt werde, die die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Haushaltssanierung enthalte. Die Haushaltssanierung sei oberste Pflicht. Der für eine Bahnunterführung erforderliche Eigenanteil könne unter keinen Umständen noch in dieses Konzept hineinpassen. Auch solle man nicht mit Segnungen für die Kommunen rechnen, sondern vielmehr die Situation über die Stadtgrenze hinaus beobachten, wo auf allen Ebenen die Schuldenbremse gezogen werde. Zudem habe der Eigentümer des betroffenen Grundstückes verlässliche Investitionsabsichten und warte seit sechs Jahren auf eine Entscheidung.

Auch sehe die Öffentlichkeit das Projekt ohnehin nicht einheitlich. Bei einer Realisierung der Maßnahme werde es eine massive Diskussion über die Sinnhaftigkeit dieses Projektes geben.

Herr Paulus bestätigte, dass in zwei Bürgerversammlungen die Meinungen geteilt gewesen seien. Wenn man an der Maßnahme festhalte, müsse man konsequenterweise auch jetzt das Grundstück kaufen. Man könne nicht erwarten, dass der Eigentümer das Grundstück jahrelang vorhalte.

Herr Ebel brachte die Sache auf den Punkt: Man könne solange diskutieren wie man wolle, es sei kein Geld für die Bahnunterführung da!

Herr Kasper wiederholte nochmals seinen Antrag, eine Abstimmung bis zur nächsten Ratssitzung zurückzustellen. Herr Benden plädierte für eine Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Ausschuss stimmte dem Antrag Herrn Kaspers zu und vertagte eine Entscheidung bis zur nächsten Ratssitzung.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 14 |
| Nein:       | 5  |
| Enthaltung: |    |

**TOP 5    Verschiedenes**

- keine Wortmeldungen -

Sitzung endet um: 19.40 Uhr

Vorsitzender

Hans-Jürgen Benden

Schriftführerin:

Regina Nossek